

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Französischer Brief zum November-Gespräch

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Französischer Brief zum November-Gespräch, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 12, pp. 4-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131221>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die europäischen Interessen am Vierertreffen

Im Augenblick scheint es, als stecke hinter der Wiederbelebung des Gesprächs über ein Vierertreffen etwas mehr als nur ein propagandistischer Trick. Aber es wäre verfrüht, darauf Hoffnungen zu setzen, denn man kann nicht voraussagen, wie lange der Ballwechsel noch anhalten wird. Jede der beiden Parteien hat natürlich Interesse daran, einen Zeitpunkt auszuwählen, der für sie möglichst günstig ist. Da es aber keinen Zeitpunkt gibt, der für zwei sich streitende Parteien gleich günstig ist, läßt sich eine Prognose über das Wann schwer stellen. Sicher würde eine Chance bestehen, wenn sich am 38. Breitengrad eine gewisse Stabilisierung der Fronten erreichen ließe. Bisher hat sich aber immer gezeigt, daß der Entschluß, vorrückende Armeen aufzuhalten, nur sehr schwer zu fassen ist.

Es mag mit Recht Skepsis darüber bestehen, ob sich politische Entwicklungen überhaupt durch die Demonstration eines Staatsmänner-Gesprächs aufhalten lassen. Andererseits ist durch die lange Unterbrechung eines regelmäßigen diplomatischen und konsularischen Verkehrs kaum eine andere Möglichkeit gegeben, die gegenseitigen Standpunkte ohne die Dazwischenschaltung propagandistischer Übertreibungen abzutasten und zu klären. Die gegenwärtige Entwicklung zeigt, daß dieses Gespräch, wenn es überhaupt von längerer Wirkung sein kann, sich nicht auf einen geographisch-politischen Raum beschränken darf, sondern die Probleme weltweit fassen muß. So wird eine solche Konferenz sich aber auch nicht auf politische Fragen beschränken dürfen, sondern in weitem Umfang wirtschaftliche Themen berühren müssen. Denn sowohl die politischen Wünsche als auch die politischen Machtstellungen haben realwirt-

schaftliche Hintergründe, und vielleicht werden gerade diese Hintergründe stärker zu einem Ausgleich drängen als die politischen Prestigefragen.

Für uns dürfte es entscheidend sein, inwieweit Amerika bereit sein wird, asiatische Vorteile zu opfern, um europäische Zugeständnisse zu erlangen, und dafür wiederum dürfte die französisch-englische Haltung auch uns gegenüber nicht unwesentlich sein. Wenn „Le Monde“ kürzlich behauptete, daß die Frage einer deutschen Einheit wohl endgültig verpaßt sei, so könnte sich doch in diesem

Augenblick noch eine Chance — vielleicht die letzte — bieten, um dieses Problem gemeinsam mit dem Friedensschluß mit Osterreich zu lösen. England und Frankreich dürften sich wohl klar sein, welche wirtschaftliche Bedeutung für Europa und die Europäische Union dieser Fragenkomplex hat. Es muß gehofft werden, daß in Amerika die richtige Einschätzung der wirtschaftsgeographischen Bedeutung Deutschlands für die Europäische Union vorhanden ist. Es wäre töricht von uns, diese Hoffnung nicht in aller Offenheit auszusprechen. (h)

Britische Skepsis zum Moskauer Gespräch

Nach wie vor ist England auf richtig am Frieden interessiert und ebenso ehrlich zu jedem Gespräch bereit, das zu einem wirklichen Frieden (auch im „kalten“ Kriege) beitragen kann oder doch einige Hoffnungen in dieser Richtung bietet. Gegenwärtig hält man diese Hoffnung kaum für realisierbar. Zwar bemühen sich stets einige Links-Sozialisten und einige optimistische Sozialisten, das Gespräch mit Moskau in Gang zu halten. Andere Politiker aus allen Lagern halten es taktisch für notwendig, in nicht zu großen Abständen Einigungs-Versuche mit Moskau zu machen, auch wenn die „Einigung“ nur darin bestehen sollte, gewisse Probleme beiderseits unberührt zu lassen, weil keine Aussicht auf Einigung besteht. Doch weder die Mehrheit der britischen Sozialisten noch die übrigen politischen Gruppen halten die Aussichten für ein erfolgreiches Gespräch mit Moskau im Augenblick für günstig.

Dementsprechend hat man die Moskauer Anregung zu einem Deutschland-Gespräch auf der Linie der Prager-Entschlüssen hauptsächlich als Moskauer Propaganda

gewertet, von vornherein eine Begrenzung des Gesprächs auf diesen Ausschnitt der Gegensätze abgelehnt und im übrigen die westlichen Vorschläge für eine Tagesordnung umfangreicher Art nicht beschleunigt.

Die veränderte Lage

Alle diese Überlegungen herrschen in London, noch bevor MacArthur seinen zweiten nördlichen Vorstoß begann und daraufhin die chinesischen Kommunisten in geschlossenen Divisionen in Nordkorea einmarschierten. Diese Entwicklung und die sich daraus ergebende Attlee-Reise nach Washington haben in London dazu geführt, den Gegensatz zu Moskau noch deutlicher herauszuschälen. Wenn man auch mehr denn je ein offenes Gespräch mit Moskau wünscht, so ist man auch mehr denn je überzeugt, daß es wenig Sinn hat. Dementsprechend herrschen in England kaum Meinungsverschiedenheiten darüber, daß alle europäischen und nordatlantischen Anstrengungen zu einer verstärkten Verteidigungs-Bereitschaft mit aller Energie und Schnelligkeit weiter betrieben werden müssen.

Man erkennt zwar französische Einwände an, daß es doch ein Widerspruch in sich sei, in Paris über eine mögliche Tagesordnung für eine Vierer-Konferenz zu beraten und gleichzeitig in Washington britisch-amerikanische Beratungen (mit französischem Wissen und Einverständnis) über beschleunigte westliche Rüstung zu führen. Doch dieser Widerspruch lasse sich, so unterstreicht man in London nach den Washingtoner Beratungen Attlees noch nachdrücklicher als vordem, nur durch eine sichtbare Manifestation Moskaus aus der Welt schaffen.

Welche Voraussetzungen erwartet England?

Welche Manifestation würde nun in England als genügend „gewichtig“ angesehen werden, um von einer ehrlichen Verhandlungsbereitschaft Moskaus überzeugt zu werden? Bis zum Einmarsch der chinesischen Divisionen in Korea wäre ein endgültiger Schritt der Sowjets in Richtung eines Friedensvertrages für Österreich als „ausreichend“ angesehen worden, obwohl man auch damals schon darauf bestehen wollte, nicht nur über Europa, sondern nur über Europa und Asien gemeinsam mit Moskau zu parlieren. Inzwischen erscheint es politisch maßgeblichen Kreisen in London unerlässlich, daß der Ferne Osten den ersten Platz auf der Tagesordnung einer Vierer-Konferenz erhält. (Zwar hat man in Paris, auf Grund von Instruktionen Attlees an den britischen Botschafter, eine Art Zwischenantwort beschlossen, die noch nicht eine „große“ Tagesordnung enthält, sondern Moskau den Ball für eine „Europa-Konferenz“, jedoch nicht auf Grund der Prager Resolutionen, nochmals zuspielt. Doch läßt man in London keinen Zweifel daran, daß man sich nur von einer Moskauer Bereitschaft zu umfassenden Beratungen einschließlich asiatischer Fragen überhaupt etwas verspricht.) Selbst wenn jedoch das Gespräch mit Moskau in Bewegung bleiben sollte, so würde man höchstwahrscheinlich nicht aus dem Stadium unverbindlicher Vorbesprechungen herauskommen, wenn nicht in allernächster Zeit, durch einen chinesischen Stillstand

am 38. Breitengrad oder in anderer, höchst konkreter, wenn auch vielleicht „schweigender“ Form eine Anerkennung der UNO-Aktion wenigstens für Südkorea durch Moskau und Peking erfolgt.

Vorsicht ist besser

Man räumt in London zwar ein, daß ein solcher stillschweigender „west-östlicher Stillstand in Korea“ von Seiten Moskaus und Pekings leichter hätten gebilligt werden können, wenn die UNO-Truppen ihrerseits den 38. Breitengrad nicht überschritten hätten. Doch man weist gleichzeitig darauf hin, daß in jenem Fall östliches Schweigen keine so eindeutige friedensfreundliche Auslegung gerechtfertigt hätte. Mit anderen Worten, man ist sich in London darüber im klaren, daß

Moskau nunmehr, und sei es auch nur durch das Sprachrohr Peking, eine Andeutung darüber geben muß, ob es überhaupt einen Sinn hat, Vorschläge für eine Vierer-Konferenz zu machen.

Die Skeptiker in England, die an Einfluß gewinnen, bezweifeln es und drängen auf schnelleres Tempo zur westeuropäischen, einheitlichen Verteidigung unter Einschluß von Beiträgen eines gleichberechtigten Deutschland, das nur noch unter Aufsicht, nicht aber mehr unter Kontrolle stehe. Das mag manchem Deutschen nur ein Wechsel von Worten sein. Von London her kann man dazu sagen, daß sich mehr dahinter verbirgt, nämlich eine zeitgemäß rasche Entwicklung in Richtung echter deutscher Gleichberechtigung. (Gw, London)

Französischer Brief zum November-Gespräch

Dieser Brief, der uns als Antwort auf unser November-Gespräch von einer hohen französischen Regierungsstelle zugeht, ist eine klare Darstellung des französischen Standpunktes und damit ein wesentlicher Beitrag zur intereuropäischen Verständigung, wenn auch manche Einzelheiten durch die jetzigen Ereignisse überholt sein mögen.

Als die französische Regierung am 9. Mai den kühnen Vorschlag einer gemeinsamen Bewirtschaftung der europäischen Kohle- und Stahlproduktion formulierte, war es weder ihr Ziel, den Abschluß eines einfachen Wirtschaftsvertrages traditionellen Typs zu fördern, noch ihre Absicht, ihre Initiative auf den einen Anwendungsbereich zu beschränken.

„Europa kann nicht auf einen Schlag und in einer einheitlichen Konzeption entstehen. Es wird sich aus konkreten Verwirklichungen bilden, die aus einer Tatgemeinschaft erwachsen.“

Die vorgeschlagene Aktion stellt unter vielen anderen möglichen eine dieser Verwirklichungen dar, und die sich daraus eröffnenden Perspektiven überschreiten bei weitem das Gebiet von Kohle und Stahl. So war von Anfang an der Akzent auf die für jede wirtschaftliche und politische Vereinigung unabdingbare Voraussetzung gelegt, von der die gemeinsame Bewirtschaftung von Kohle und Stahl nur die erste Etappe bilden soll: nämlich die Ausschaltung des jahrhundertalten Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland, die Ein-

beziehung Deutschlands in eine europäische Gemeinschaft, wo es ebenso wie die anderen Länder und gleichermaßen mit ihnen die Möglichkeiten moralischer Auferstehung, wirtschaftlicher Blüte und friedlichen Lebens wiederfinden würde.

Vorrang der Verteidigung

Die Initiatoren des Schumanplanes dachten jedoch, daß diese erste gemeinsame Aktion den daran beteiligten Nationen gestatten würde, sich an die Idee der europäischen Gemeinschaft zu gewöhnen, bevor weitere Schritte und andere Verwirklichungen unternommen werden: landwirtschaftlicher Pool, Organisation der Transporte usw. Die Weltereignisse waren schneller und haben als Vorrang die Lösung des europäischen Verteidigungsproblems und das der deutschen Beteiligung an dieser Verteidigung in Anspruch genommen.

Ein solches Problem konnte seine Lösung nicht in der der Deklaration vom 9. Mai vorangestellten Präambel finden, aber es mußte im Geist des Schumanplans, d. h. im Hinblick auf die Errichtung einer

europäischen Gemeinschaft, geprüft und erwogen werden. Anders vorgehen, hätte bedeutet, einen Rückschritt gutzuheißen und den Schumanplan selbst zu opfern, der auf das Niveau einer einfachen technischen Vereinbarung ohne jedwede politische Bedeutung herabgedrückt worden wäre.

Deutschlands Beteiligung

Der Grundsatz der Beteiligung Deutschlands an seiner eigenen Verteidigung und an der Verteidigung Europas soll nicht bestritten werden: In dem Maße, wie diese Verteidigung zusammenhängend, wirksam und entschlossen wird, werden sich die Risiken einer Aggression in diesem Teile der Welt vermindern. Aber die Organisation der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der nationalen Souveränitäten — wenn diese unmittelbar zusammengeschlossen würden — würde in kurzer Zeit die aus der jüngsten europäischen Vergangenheit bekannten Beunruhigungen und Rivalitäten wiedererstehen lassen. Das würde aber die Kräfte schwächen und vielleicht gar zunichte machen, die es gerade zusammenzuraffen gilt. Deshalb hat die französische Regierung, getreu der politischen Linie, die sie sich vorgenommen hat und der Verteidigung Europas bis zur Festigung der entstehenden europäischen Gemeinschaft dienstbar machen will, am 24. Okt. die Bildung einer europäischen Armee vorgeschlagen. Der neue französische Vorschlag ist häufig mißverstanden worden. Man hat ihm besonders unterschoben, daß er gegen Deutschland gerichtet sei, daß er ein Druckmittel auf die an den Schumanplanverhandlungen beteiligten Länder darstellen solle und daß er schließlich für die Organisation der europäischen Verteidigung wertvolle Zeit vergeude. Versuchen wir, diese schweren Vorwürfe in aller Objektivität zu prüfen.

Es ist falsch zu behaupten, daß der französische Plan gegen Deutschland gerichtet sei und daß er die Folge des Besatzungsstatuts darstelle. Deutschland soll im gleichen Rahmen und mit den gleichen Rechten wie die anderen europäischen Nationen an der Aufstellung einer föderativen Armee

Was zeichnet sich ab?

Es dürfte den Neujahrspredigten dieses Jahr schwer werden, aus dem gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Chaos genügend Anhaltspunkte für eine auch nur einigermaßen überzeugende Prophetie zu gewinnen. Was sich heute abzeichnet, scheint morgen durch die Ereignisse überholt, und selbst dort, wo sich wirklich eine längerlebige Tendenz zu zeigen scheint, kann durch Zufall, Unvorsichtigkeit und Willkür diese Bewegung in wenigen Stunden in ihr Gegenteil verkehrt werden. Es gibt also wirklich nichts, was in diesem Zeitpunkt beruhigende und erfreuliche Voraussagen — so gern man sie hören möchte — rechtfertigt.

Zweifellos hat die Wende in Korea eine Annäherung der englischen und französischen Standpunkte gebracht. Die stärkere Hinwendung Großbritanniens nach Europa dürfte das Gewicht der europäischen Meinung innerhalb der atlantischen Welt nicht unwesentlich erhöht haben. Es wäre aber falsch, wenn man vom Osten her diese sich andeutende größere Selbständigkeit Europas als einen Zerfall der atlantischen Interessengemeinschaft ansehen wollte. Diese ist nach wie vor wirtschaftlich und politisch gegeben. Vielleicht ist es aber auch ein Fehler des Westens, die chinesische Haltung allzusehr dem Einfluß Moskaus zuzuschreiben. Denn immerhin kann man sowohl im Wirtschaftlichen wie im Politischen mitunter eine recht selbständige Haltung einer asiatischen Interessengemeinschaft beobachten. Jede Kartellbildung — oder sollte man hier lieber von Konzernbildung sprechen —, die ein gewisses Optimum überschreitet, weist innere Spannungen auf, die sich in einer wachsenden Selbständigkeit der Einzelglieder niederschlagen. Wenn man eine solche Bewegung in die realpolitische Beurteilung mit einbezieht, so mag man eine vage Hoffnung auf eine weltwirtschaftliche und weltpolitische Entspannung nicht abschreiben — vorausgesetzt, daß von keiner Seite an keiner Stelle in irgendeiner Art eine Atombombe geworfen wird.

Man wird wohl damit rechnen müssen, daß im kleinen Kreise der eigenen Volkswirtschaft nach dem Weihnachtsfest manche Engpässe enger werden. Es werden sich Versorgungslücken herausstellen, die jetzt erst noch in Andeutungen vorhanden sind. Die durch die Zonenteilung Deutschlands gegebene Verzerrung der Wirtschaftsstruktur ist durch das freie Ausspielen einer plötzlichen Konjunkturwelle noch verschärft worden. In den letzten Wochen haben sich Preissteigerungen abgezeichnet, die zum großen Teil spekulativer Natur sind. Da der soziale Friede und die Höchstleistung des wirtschaftlichen Apparates der beste — und gegenwärtig vielleicht der einzige — Beitrag sein können, den Deutschland für die europäische Verteidigung stellen kann, muß gefragt werden, ob nicht wirkungsvollere Mittel als die bisher etwas nebelhaft als marktkonform bezeichneten zur Sicherstellung dieser beiden Forderungen eingesetzt werden müssen. Es scheint, als wollten sich im Abweichen von einem sturen dogmatischen Standpunkt sowohl rechts wie links Gruppen herausbilden, die bei voller Anerkennung der Vorzüge eines marktwirtschaftlichen Systems der sozialen Verpflichtung ein größeres Gewicht beimessen, als es die gegenwärtigen Formen der Marktwirtschaft in sich tragen. Wenn man diese Bewegung in seine realwirtschaftlichen Betrachtungen mit einbezieht, so mag man eine vage Hoffnung auf die Geburt einer sozialen Marktwirtschaft doch noch nicht ganz abschreiben — vorausgesetzt, daß....

Man sieht also, daß sich sowohl im weltpolitischen wie im nationalwirtschaftlichen Rahmen Bewegungen abzeichnen, die sich durchaus günstig ausdeuten lassen. Wir wollen aber auch in dieser Jahresschlussnummer nicht vergessen, festzustellen, daß zu Deutschland sowohl die westliche wie die östliche Zone gehört. (sk)

beteiligt werden, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es gegenwärtig über keine Streitkräfte verfügt, während andere Länder welche besitzen. Nicht gegen Deutschland richtet sich der französische Plan, sondern gegen eine gewisse Konzeption der nationalen Souveränität und gegen gewisse Absichten der militaristischen Ideologie, die nicht ausschließlich in Deutschland lebendig sind und die frisch gestärkt wieder auftauchen werden, wenn die verschiedenen

europäischen Nationen die Wiederbewaffnung nach den alten Regeln durchführen.

Kein Druckmittel

Man kann auch nicht behaupten, daß der französische Vorschlag ein Druckmittel auf die an den Schumanplanverhandlungen beteiligten Länder darstelle. Diese Verhandlungen befinden sich im Endstadium. Nur gewisse technische Probleme sind noch zu diskutieren, die, so wichtig sie auch sind, ihre

Lösung nur finden werden, wenn das politische Ziel, die Konstruktion Europas, nicht aus dem Auge verloren wird. Der Heiratskontrakt ist sekundär, wenn man sich dazu entschlossen, einen Herd zu gründen. Die Vertragsunterschrift zum Schumanplan wird vor der europäischen und der Weltmeinung klar bezeugen, daß die Regierungen der teilnehmenden Länder entschlossen sind, ihre politischen Handlungen ihrer grundsätzlichen Zustimmung anzupassen. Außerdem ist es vom methodologischen Standpunkt aus gewiß, daß Verhandlungen über die Organisation der europäischen Armee sich nur nach einem Abschluß der Arbeiten um die Kohle- und Stahl-Union wirksam abwickeln können: Es werden ohne Zweifel in weitem Maße dieselben Männer sein, die mit der auf dem einen Gebiet gewonnenen Erfahrung auch auf dem anderen werden nützlich sein können. Es sind auch die gleichen

Institutionen oder ähnliche Institutionen, die den politischen und juristischen Rahmen für die neue gemeinsame Funktion liefern werden.

Keine Verzögerungspolitik

Schließlich hat man dem französischen Vorschlag vorgeworfen, die Wiederaufrüstung Europas hinauszuzögern — einige sagen auch zu „sabotieren“. Tatsächlich scheint es nicht so, daß die Durchführung der im Rahmen des Atlantikpakts behandelten Programme gehindert worden ist. Was die deutsche Beteiligung betrifft, so wird sie um so weniger verzögert, je schneller der Grundsatz einer europäischen Armee, die sich aus nationalen Kontingenten innerhalb gemeinsamer Divisionen zusammensetzt und einem gemeinsamen Verteidigungsministerium untersteht, ohne Aufschub und Zweideutigkeiten angenommen wird. Ich darf hinzufügen, daß bei einer Frage, von der die militärische Sicherheit

und die politische Dauerhaftigkeit Europas auf lange Jahre hinaus abhängen, es keine katastrophale Verzögerung bedeutet, wenn gegenwärtig scheinbar zwei bis drei Monate verloren gehen, die später ohne Zweifel wiedergewonnen werden können.

Europa muß seine Verteidigung organisieren. Keine europäische Nation hat das Recht, sich vor dieser Pflicht zu drücken, noch andere Länder zu hindern, daran teilzunehmen. Aber mehr noch als von den zusammengefaßten materiellen Kräften hängt die Zukunft Europas von dem Bewußtsein ab, das die Europäer von der Zweckgemeinschaft haben werden, und von ihrem Willen, in einem gemeinsamen Ideal, das sich in gemeinsamen Institutionen abzeichnet, das Gewicht wiederzufinden, das unser Kontinent heute in der politischen Welt verloren hat. Veuillez croire, Monsieur, à l'assurance de mes meilleurs sentiments. J... R...

Dr. Heinz Seidel, Berlin

Investierungen und Rationalisierung in Westberlin

Was in Westberlin seit einem Jahre — seit Aufhebung der Blockade — an Investitions- und Rationalisierungsaufgaben bewältigt worden ist, entsprang kaum der Kapitalbildungskraft des Westberliner Wirtschaftsgebietes selbst, sondern hauptsächlich der Kapitalzufuhr vom Westen, in erster Linie der Zufuhr von ERP-Krediten. Von dem Raubbau und der Substanzzerstörung — durch sowjetische Demontagen gingen rund 90 % des Sachkapitals verloren — und von den Schäden der Blockade hat sich das Notstandsgebiet zunächst nur langsam, kaum spürbar erholt, so daß noch Mitte des laufenden Jahres festgestellt werden konnte, daß Westberlins Wirtschaft bisher „keine Merkmale einer sichtbaren Belebung zeigt“.

Und doch sind in den letzten anderthalb Jahren, trotz deutlicher Stagnationsmerkmale nach außen, in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bedeutende Fortschritte erzielt worden. So wurden die Lieferwerte der Westberliner Industrie von Mitte 1949 (Juli) bis Ende 1949 (November) von 69 Mill. DM monatlich auf 116 Mill. DM monatlich gesteigert. Sie stiegen weiter bis Mitte 1950 (Juli) auf 124 Mill. DM. Pro Beschäftigten ergab sich Anfang 1950 eine Lieferwertquote von 718,— DM im Monat und Mitte 1950 von 867,— DM im Monat. Diese Leistungssteigerung erfolgte in einer Zeit, in der die erste Produktions- und Rationalisierungswelle des zweiten Halbjahres 1949,

wo von der Industrie 3000—4000 Beschäftigte durch Rationalisierung freigesetzt wurden, vorbei war.

Etwa seit der Jahreswende 1949/50 war die weitergehende Rationalisierung von einem spürbaren Kapitaleinsatz (hauptsächlich ERP-Mittel) begleitet, dem es wohl vornehmlich zu danken war, daß weitere Freisetzungen vermieden werden konnten. (Daß die Arbeitslosigkeit bis Mitte 1950 weiter anstieg, beruhte hauptsächlich auf Zugängen Schulentlassener und auf Zuwanderung von Arbeitern aus dem Ostsektor bzw. der Ostzone.) Durch diese Investitionskredite konnte in größerem Umfang Rationalisierung mit großem Kapitaleinsatz betrieben werden, die die Beschäftigung zwar nicht proportional zum Kapitaleinsatz steigen ließ, Beschäftigungsrückgänge aber verhinderte. Werden in nächster Zeit verstärkt Investitionsmittel in Westberlin eingesetzt, so wird mit langsam steigenden Beschäftigungsmöglichkeiten zu rechnen sein, langsam deshalb, weil sich die Rationalisierung fortsetzen wird.

Nach Schätzungen wurden in Westberlin von Mitte 1949 bis Mitte 1950 insgesamt — einschließlich der Ersatzinvestitionen — 580 Mill. DM investiert. Für die zweite Hälfte des laufenden Jahres und die erste Hälfte 1951 wird mit 750 bis 780 Mill. DM gerechnet. Das Investitionssoll für diese Zeit allerdings wird auf 1,2 bis 1,3 Mrd. DM geschätzt. Besondere Bedeutung werden bei diesen Investitionen die Betriebsmittel-